

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus

1. Würde Ihre Partei mit der AfD in irgendeiner Form zusammenarbeiten? Wenn ja, warum und unter welchen Bedingungen? Welche konkreten Angebote macht Ihre Partei den eigenen Vertreter*innen in der Kommunalpolitik, um sie in ihrer Haltung gegen Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit zu bestärken?

Nein, wir als Linke stehen zu unserer antifaschistischen Tradition und zu Werten wie Vielfalt und Toleranz. Auch aus unserer historischen Erfahrung wird es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben, auf welchen Ebenen auch immer. Wir waren, sind und werden solidarisch mit allen sein, die von Rechtsextremisten angegriffen werden.

Für unsere Kommunalvertreter*innen bietet das der LINKEN nahestehende Kommunalpolitische Forum e.V. Schulungen an, die auch Themenblöcke zum Umgang mit der AfD beinhalten. Außerdem wird seit 2020 eine „Handreichung zum Umgang mit der AfD und ihren Vertreter*innen in Kommunalvertretungen“ durch die kommunalpolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion herausgegeben, die laufend aktualisiert wird. (Letztmalig im April 2024). Zu finden ist diese hier: <https://andrea-johlige.com/handreichung-zum-umgang-mit-der-afd-in-kommunalvertretungen-aktualisierte-und-erweiterte-fassung>

2. Plant Ihre Partei den Schutz von Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt zu verbessern? Falls ja, was ist vorgesehen? Wie kann eine langfristige und stabile Finanzierung professioneller Unterstützungsstrukturen wie der Opferperspektive garantiert werden?

Die Landtagsfraktion und unsere kommunalen Vertreter*innen unterstützen Opfer rechter und rassistischer Gewalt, wo immer es in ihrer Macht liegt. Unsere Genoss*innen sind engagiert in Bündnissen gegen Rechts und zeigen couragiert Gesicht.

Nachholbedarf in der Landespolitik sehen wir vor allem bezüglich des Kampfes gegen Antiziganismus, der seit 2022 Staatsziel in Brandenburg ist. Wir werden weiter darauf drängen, dass die Landesregierung - ausgehend vom Abschlussbericht der „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ - Strategien gegen die Diskriminierung von Sint*izze und Rom*nja entwickelt und – ausgestattet mit entsprechenden Haushaltsmitteln – umgesetzt.

Wir haben in den Haushaltsverhandlungen in den letzten Jahren darauf hingewirkt, dass die Höhe der Förderung für die Opferperspektive an die gewachsenen Aufgaben angepasst wird. Uns liegt eine langfristige und stabile Finanzierung der Opferperspektive sehr am Herzen und wir sind auch mit den Berater*innen in stetigem Austausch zu ihrer und unserer Arbeit.

3. Auf welche Art und Weise unterstützt Ihre Partei Kommunalpolitiker*innen bei antidemokratischen Anfeindungen? Und kommt diese Unterstützung auch Vertreter*innen anderer demokratischer Parteien zugute?

Das uns nahestehende Kommunalpolitische Forum Brandenburg e.V. schult und unterstützt unsere Vertreter*innen in allen Fragen, so auch bei antidemokratischen Anfeindungen. Darüber hinaus wendeten sich in der Vergangenheit Vertreter*innen unterschiedlicher Parteien an die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion, die solcherlei Anfeindungen nachfolgend über parlamentarische Anfragen thematisierte sowie Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen leistete bzw. organisierte. Dies wollen wir auch in Zukunft so beibehalten.

4. Welchen Stellenwert hat das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg für Ihre Partei und wie soll es zukünftig ausgestaltet werden?

Das Tolerante Brandenburg ist einer der Grundpfeiler des zivilgesellschaftlichen Lebens in Brandenburg. Wir werden es daher mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten, um den Kampf gegen rechte Kräfte, Rassismus und Intoleranz fortzuführen. Die einzelnen Partner*innen des Beratungsnetzwerks werden wir so ausstatten, dass sie in der Fläche noch wirksamer werden. Jedoch sehen wir den Bedarf, das Handlungskonzept zu überprüfen und anhand der aktuellen Erfordernisse zu überarbeiten, um es besser gegen die Angriffe auf unser Gemeinwesen aufzustellen.

5. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, mehrjährige Projektförderungen zu ermöglichen? Wie können Demokratieprojekte künftig stärker unterstützt werden? Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um den Schaden für zivilgesellschaftliche Projekte abzufedern, wenn öffentliche Fördermittel auf kommunaler und auf Landesebene kurzfristig ausfallen?

Ja, unsere Partei setzt sich für die mehrjährige Förderung von Demokratieprojekten ein. Vor diesen Hintergrund fordern wir in unseren „Positionen zur Landtagswahl“ die Erarbeitung eines Brandenburger Demokratiefördergesetzes. Ein solches Gesetz soll die proaktive Demokratiewerkstatt stärken und langfristig – auch finanziell – absichern.

Als DIE LINKE unterstützen wir zivilgesellschaftliche Projekte, denn wir wissen um die herausragende Rolle von Bündnissen und Demokratieförderung für unser Gemeinwesen. Wir werden Sorge tragen und uns dafür einsetzen, dass Fördermittel auf Landesebene und kommunal nicht gekürzt, sondern – im Gegenteil – aufgestockt werden. Auf parlamentarischer Ebene können wir nicht mehr tun.

Als Partei stehen wir fest an der Seite zivilgesellschaftlicher Projekte. Viele unserer Mitglieder sind in solchen Projekten engagiert. Unsere Parteigliederungen spenden auch an Projekte, wo es ihnen möglich ist. So übernahm zum Beispiel der Kreisverband Ostprignitz-Ruppin die Kosten für die Wiederherstellung der Fenster im „JWP Mittendrin“ nach einem Überfall von Neonazis.

Ebenfalls werden wir uns für vereinfachte Antragsverfahren einsetzen, so dass Zeit für das eigentliche zivilgesellschaftliche Engagement bleibt.

6. Braucht Brandenburg eine Koordinierungsstelle Stolpersteine? Wenn ja, wie kann deren Arbeit langfristig garantiert werden? Welchen Umfang sollte sie haben?

Eine Koordinierungsstelle Stolpersteine unterstützen wir. Das Beispiel Berlin zeigt, dass dies ein Gewinn für die Gedenkkultur und -arbeit, aber auch für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Brandenburg sein könnte. Um die größtmögliche Wirksamkeit zu erreichen, könnte diese Stelle entweder an das Büro des Brandenburger Antisemitismusbeauftragten oder beim Aktionsbündnis Tolerantes Brandenburg angegliedert werden. Wichtig ist in jeden Fall eine angemessene Finanzierung der Koordinierungsstelle Stolpersteine durch das Land.

7. Wie können die bestehenden Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf kommunaler oder auf Landesebene mehr Wirkung entfalten? Wie kann die Zivilgesellschaft bei der Entwicklung von Handlungskonzepten gegen Rechtsextremismus und Rassismus besser beteiligt werden?

Wirkung entfalten Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus vor allem dann, wenn die Bürger*innen direkt angesprochen und die Handlungskonzepte vor Ort sichtbar werden. Da sehen wir das Tolerante Brandenburg mit seinen Strukturen auf einem guten Weg. Jedoch müssen

Projekte mit jungen Menschen gestärkt gefördert und angeboten werden; in diesem Bereich sehen wir den größten Bedarf für die kommenden Jahren.

8. Wie kann die unabhängige wissenschaftliche Forschung zu rechtsextremen Strukturen und Netzwerken in Brandenburg weiter ausgebaut werden?

Wir haben als Landtagsfraktion in dieser Legislatur sehr eng mit der Forscherinnen und Forschern in diesem Bereich zusammengearbeitet, so zum Beispiel mit dem Moses-Mendelssohn-Zentrum, der BTU oder auch freien Forschungsprojekten und werden diese Kontakte auch weiterhin aufrechterhalten. Ein Ausbau der Forschung zum Rechtsextremismus wäre wünschenswert, jedoch bräuchte es mehr Möglichkeiten von wissenschaftlichen Interventionen in politische Debatten. Ansätze gab dazu gab es in der Arbeit der Landtagsfraktion: durch Beiträge von Gideon Botsch auf Fraktionsklausuren oder eine Konferenz zu Corona-Demonstrationen in Brandenburg Anfang 2022. Diese Kontakte wollen wir in Zukunft intensivieren.

9. Wie will Ihre Partei garantieren, dass Debatten über Flucht und Migration auf Basis der universellen Menschenrechte geführt werden? Wie gedenkt sie dahingehend auf ihre Vertreter*innen einzuwirken? Wie könnten migrantische Organisationen stärker unterstützt werden?

Als DIE LINKE haben wir die Debatte über Flucht und Migration immer auf der Basis der universellen Menschenrechte geführt und werden dies auch weiterhin tun.

Wir unterstützen migrantische Organisationen und halten engen Kontakt zum Dachverband DaMOst. Die engere Anbindung und Mitarbeit von Migrantenselbstorganisationen beim Netzwerk Tolerantes Brandenburg ist eine unserer Forderungen in diesem Bereich für die nächste Legislatur. Ziel ist, migrantische Perspektiven stärker im Handlungskonzept zu berücksichtigen. Wir werden migrantische Organisationen zuverlässig fördern.

10. Wie garantiert Ihre Partei einen sicheren und angstfreien Schulalltag für migrantische, queere und demokratische Jugendliche? Auf welche Art und Weise schützt Ihre Partei Jugendliche vor antidemokratischen Anfeindungen im Schulkontext? Hat Ihre Parteien Strategien zum Umgang mit rechtsextremen Einstellungen von Jugendlichen?

Die Schule muss als Lern- und Lebensort nicht nur einen sicheren und angstfreien Schulalltag für alle jungen Menschen gewährleisten, sondern gemeinsames Lernen für alle ermöglichen und gem. § 4 des brandenburgischen Schulgesetzes „zur Achtung und Verwirklichung der Werteordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Brandenburg beitragen.“ Diese Zielvorstellungen sehen wir aufgrund der aktuellen bildungspolitischen Rahmenbedingungen leider nicht gewährleistet. Deswegen werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode unverändert für konkrete Maßnahmen und Förderungen einsetzen.

Die beste Strategie zur Verhinderung der Ausbreitung rechtsextremistischer Ideologien unter Jugendlichen ist eine aktive Jugendpolitik. Für uns ist klar, Politik muss sich mehr um die Interessen, Forderungen und Ideen junger Menschen kümmern. Vor allem müssen Politiker*innen stärker mit Jugendlichen reden. Jugendliche müssen im Landtag gehört und ernst genommen werden.

Im Umgang mit rechtsextremistischen jungen Menschen ist ein flächendeckendes aufsuchendes Beratungs- und Kommunikationsangebot der Jugend(sozial)arbeit wichtig. Ebenso sind Aussteigerprojekte zu fördern. Darüber hinaus muss das Land in ein flächendeckendes Aus- und Fortbildungsangebot im Schwerpunkt Umgang mit Rechtsextremismus für alle Kolleg*innen der Jugend(sozial)arbeit in Brandenburg investieren.